

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa,
Grenzstr. 20.

Postfachamt: Leipzig 2136A,
Grenzstr. Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 36.

Donnerstag, 13. Februar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkasten vierteljährlich 1.80 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Silben) 20 Pf., Zeitrauber und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Verzug gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Unerbittliche Unterhaltungsbeilage „Frühling an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Auf Blatt 9 des Genossenschaftsregisters, die Bezugs- und Ablagen-Genossenschaft Spansberg, e. G. m. b. H. in Spansberg betr. ist heute eingetragen worden: Robert Brosch in Spansberg ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Der Geschäftsführer Richard Gang in Spansberg ist Mitglied des Vorstandes.
Amtsgericht Riesa, den 10. Februar 1919.

Die Ausgabe der Vollmilchkarten

auf die Zeit vom 17. Februar bis 3. März 1919 erfolgt
Freitag, den 14. Februar 1919, nachmittags 2-4 Uhr
in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus.
Bei verspäteter Entnahme der Vollmilchkarten ist eine Gebühr von 50 Pfg. für besondere Abfertigung zu entrichten.
Der Rat der Stadt Riesa, den 13. Februar 1919.

Die für die minderbemittelten Einwohner bewilligt erhaltene Beihilfe zur Beschaffung von Hausbrandkohle kann von heute ab bei der hiesigen Gemeindekasse in Empfang genommen werden. Berücksichtigung bei Auszahlung jeder Beihilfe können nur diejenigen

finden, die sich bei der feinerzeit erlassenen Aufforderung gemeldet haben, und die bei der im Oktober erfolgten Auszahlung bedacht worden sind. Beträge, die innerhalb 8 Tagen nicht abgeholt werden, verfallen der Gemeindekasse.
Weißa, am 13. Februar 1919.
Der Gemeindevorstand.

In der Bekanntmachung über die Gemeindevorstandswahl betreffend, muß es heißen, daß bei 3017 stimmberechtigten Wählern 2535 gewählt haben und 2532 gültige Stimmen abgegeben worden sind. 3 Stimmzettel sind für ungültig erklärt worden.
Gröba (Elbe), am 13. Februar 1919.
Der Wahlkommissar.

Milchkartenausgabe in Gröba:

Freitag, den 14. Februar 1919, nachmittags 4-5 Uhr, werden im Gemeindevorstand die Milchkarten auf die nächsten 4 Wochen ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt in Zimmer Nr. 2 Buchstabe A-L und in Zimmer Nr. 6 Buchstabe M-Z. Die jetzigen Milchkarten sind vorzulegen.
Gröba, Elbe, am 13. Februar 1919.
Der Gemeindevorstand.

Ebert an die Vertreter der Presse.

Der Reichspräsident Ebert empfing gestern nachmittags 4 Uhr im Foyer des Nationaltheaters zu Weimar die Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Presse, um gleich beim Eintritt seines neuen Amtes persönlich mit ihnen in Fühlung zu treten. Er hielt eine kurze Ansprache, in der er folgendes ausführte:

Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anforderungen. Sie mit Ihnen in jeder Unternehmung sicher sein. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der Pressefreiheit obenansteht. Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteien vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehung zu treten ohne Rücksicht auf ihre politische Parteizugehörigkeit. Sehen Sie bitte darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt betrachten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit eines großen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im öffentlichen Leben tätig sind, haben zu einem gewissen Teil diese Pflicht, uns nicht als Vertreter nur eines Teiles, sondern als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen. Der Einzelne kann nur jenseits, wenn das Allgemeine gebietet, und Parteiziele lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeföhrt werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohl des Volkes entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der Respekt vor einer anderen Ansicht, der dem Parteienkampf feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von ihnen gehört in den Parteien an oder steht ihnen nahe, aus welchen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich in unserer Sache nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame sehen zu wollen und bei mir das Vorauszusehen, was ich auch bei Ihnen voraussehen will. Eine tiefere Auffassung von der Pflicht zum Vaterlande.

Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen: den Frieden zu schließen und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und nach innen für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber bisheriger Bedrückung und Unfreiheit. Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur eines dazu sagen. Es ist kein Kompromißprogramm im üblichen Sinne. Alle drei Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unerschütterlicher und unzerstörlicher Demokratie gestellt. Wir können heute sagen: Die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfang gestiftet, wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung an Regierung und Programm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmausführung wesentlich beeinflussen haben. Allerdings als wahrhaftige Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu verweigern, aber wir haben es ermahnt, daß eine vollkommene Übereinstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzugehen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen Privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Gemeinverbände oder Gemeinden zu übernehmen sein, und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Sie sehen, daß die sozialdemokratische Partei ihren Idealen nicht untreu werden kann, aber sie lehnt es in echt marxistischer Weise ab, ein Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftslbens an die Stelle des Prinzipes des organischen Wachstums zu setzen. Als die Zeit für die Demokratie reif war, ist das demokratische Deutschland entstanden, nun muß die Zeit für den Sozialismus reif werden, und bis dahin der sozialistische Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Meine Herren! Die Organe der Regierung, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit im verständlichsten Sinne, bei nicht zu tun hat mit Beeinträchtigung, sondern geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzuregen. Ich würde mich freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen

und ihre Vorschläge wie alles im heutigen Deutschland jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Fortleitung unserer Arbeit in der Regierung bilden und uns Tag für Tag in lebendigem Zusammenhang mit Volksempfindung und Volkswillen stehen muß.

Die Ansprache des Reichspräsidenten wurde von den versammelten Pressevertretern an mehreren Stellen und insbesondere am Schluß mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Darauf nahm als Vorsitzender der Pressevertreter Georg Bernhardt das Wort, um namens der versammelten Pressevertreter der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß ihnen sogleich Gelegenheit gegeben worden ist, den Reichspräsidenten in ihrer Mitte zu begrüßen. Der Zusammenklang aller Stimmen der Presse, der die sogenannte öffentliche Meinung bildet, erhebt sich über die Parteien hinaus und gibt in seinem Grundton das wesentliche Element des Empfindens des ganzen Volkes wieder: denn zwischen öffentlicher Meinung und Journalismus finde eine lebhafteste Wechselwirkung statt. So sehr auch die Stellung von Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung ist, so ist doch jeder Journalist im Innersten ein Kind seines Volkes und teilt dessen Empfindungen. Aus der Berührung mit seiner Heimat und der Erinnerung an sie gewinnt er die beste Kraft seines Schaffens. So hat auch jeder Angehöriger der Presse mit jeder Faser seines Herzens die Not des Vaterlandes mitgeföhlt. Sie dürfen, fuhr der Redner fort, Herr Präsident, sicher sein, daß die gesamte deutsche Presse ohne Unterschied der Partei sich auf den Boden der vorgeschriebenen Entwicklung stellen und alle Maßnahmen unterstützen wird, die dazu dienen, das Vaterland aus den Tagen seiner schwersten Not wieder in ruhigere Zeiten zu führen. Nur die gemeinsame Arbeitsleistung kann die Grundfrage abgeben für die Entfaltung der kulturellen Eigenart aller Stämme. Diese mitzuföhlen zu helfen, sehen wir als unsere höchste Aufgabe an und wir wollen Ihnen das bestmögliche durch den Ruf: Der Reichspräsident, der Führer zum einigen freien Reich aller deutschen Stämme, er lebe hoch!

Die Versammelten stimmten dreimal ein. Reichspräsident Ebert dankte dem Redner für diese Ausführungen und erklärte seine vollkommene Übereinstimmung mit diesen Ausführungen. Er versicherte nochmals, daß er den Schutz der Presse als seine höchste Aufgabe ansehe. In den Worten seiner bisherigen Regierungstätigkeit sei ihm nichts schmerzlicher gewesen, als der Umstand, daß an vielen Orten die Presse vergewaltigt worden ist. Sobald die notwendigen Maßnahmen in seiner Hand waren, habe er diese unerhörten Vergewaltigungen verhindert. Das solle auch in Zukunft geschehen. Der Reichspräsident erklärte wiederholt, daß er die Aufrechterhaltung der unbedingten Presse- und Meinungsfreiheit unter allen Umständen durchsetzen werde, und schloß mit einem Hoch auf ein geistliches Zusammenwirken mit der deutschen Presse.

Zur Lage.

Zum Tode Liebknecht. Die „Notenbahn“ erhob gestern unter Namensnennung gegen eine Anzahl Offiziere und Soldaten die Anschuldigung des Mordes, begangen an Liebknecht und Rosa Luxemburg beim. Beihilfe dazu. Der „Vorwärts“ gibt auszuweislich diese Anschuldigungen wieder und fügt hinzu: Es läßt sich nicht verleugnen, daß dies außerordentlich schwere Anklagen sind. Wir verlangen strengste Untersuchung dieser Beschuldigungen. Die sehr detaillierte Darstellung der „Notenbahn“ läßt darauf schließen, daß sie Beweismaterial in der Hand hat. Dieses Beweismaterial muß aufs genaueste geprüft werden. Behauptet sich der behauptete Sachverhalt, so ist gegen die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes rücksichtslos vorzugehen. — Das Verdict der Gardelavalleriebrigade teilte zu den in der „Notenbahn“ gestern erschienenen Artikeln „Der Mord an Liebknecht und Rosa Luxemburg“ und „Die Tat und die Täter“ folgendes mit: Das Verfahren gegen die vier Offiziere, die Liebknecht begleiteten und auf ihn geschossen haben, ist feinerzeit sofort eingeleitet worden, ebenso gegen den Oberleutnant Vogel im Falle Luxemburg, das demnach nach Ermittlung der Täterhaft des Dulsaren Runge auf diesen unter der Beschuldigung des versuchten Mordes und der schweren Körperverletzung ausgedehnt werden wird. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang.

Unruhen in Breslau. Gestern nachmittags sammelte sich auf der Neuen Graupener Straße eine aus etwa 400 bis 500 Personen bestehende Menschenmenge an, die sich aus Arbeitlosen, Matrosen und halbwässigen Burtsen zusammensetzte. Die Menge unternahm schließlich einen Sturm auf das Gerichtsgefängnis. Die aus etwa 60 Mann bestehende Sicherheitswache, die sofort herbeigerufen wurde, vermochte nicht gegen die Menge auszurücken. Sie wurde vielmehr ent-

waffnet. Es wurde sofort die Sicherheitskompanie herbeigerufen, die mit Maschinengewehren heranzüchte. Nach verbaler Aufforderung an die Menge wurde scharf geschossen. Es sind etwa 20 Personen teils getötet, teils verwundet worden. Die Graupener Straße wurde vom Militär abgesperrt und die Maschinengewehre wurden aufgestellt. Die Verwundeten und die Toten wurden in die 11er-Kaserne geschafft. Die Menge zerstreute sich hierauf.

Der Streik der Hausdiener in den Warenhäusern von A. Wertheim und Hermann Tietz in Berlin hat sich auch auf große Spezialgeschäfte in der Leipziger Straße ausgedehnt. Da Streikposten die kaufmännischen Angestellten am Eintritt in die Geschäftshäuser verhindern, sind diese teilweise geschlossen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist die Leipziger Straße durch Militär besetzt worden. Das Warenhaus A. Wertheim in der Leipziger Straße hat seinen Betrieb vorläufig geschlossen.

Strassenbahnverkehr in Hamburg. Gestern früh sind 7000 Angestellte der Hochbahn und 5000 Strassenbahnwagen wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Der Verkehr ruht.

Sitzung des Staatenausschusses. Wie die „Deutsche Wtg.“ aus Weimar erfährt, hielt dort der Staatenausschuss gestern seine erste Sitzung nach dem Inkrafttreten der vorläufigen Verfassung ab. Es erfolgte zuerst eine Kundgebung für die Reichseinheit. Reich und Bundesstaaten sind jetzt und in Zukunft unbedingt aufeinander angewiesen. Dann wurde die Kreditvorlage von 25 Milliarden nach einer Rede des Reichsschatzsekretärs Schiffer einstimmig angenommen.

Die amerikanischen Lebensmitteltransporte für die Polen. In der gestern durch die Presse gegangenen Nachricht betreffs Sicherung der amerikanischen Lebensmitteltransporte für Polen erfahren wir von zutreffender Stelle folgendes: Eine Sicherung der Lebensmitteltransporte durch Amerika kommt zur Zeit nicht in Frage, da die amerikanische Kommission von der deutschen Regierung die unbedingte Sicherung der Transporte verlangt. Weichen Verbänden die zur Sicherung bestimmten Truppen zu entnehmen sind, wird augenblicklich von den maßgebenden Stellen erwogen.

Graf Brockdorff-Rausan äußerte dem Berliner Vertreter der „Matin“ gegenüber, daß er bis zum letzten Atemzuge keine Kraft gegen Deutschlands Erniedrigung einsetzen werde und sich der unerklärten Misse aller deutschen Patrioten sicher fühle.

Infolge innerpolitischer Streitigkeiten bei den deutschen Kampftruppen mußte die Offensive bei Bromberg abgebrochen werden.

Der russische Bolschewikenführer Kappel ist von der Berliner Kriminalpolizei erwidert und verhaftet worden.

Wilson's Rückreise. Gavas meldet aus Paris: Präsident Wilson hat sich in Brüssel eingeschifft.

Lloyd George über die Friedenskonferenz. Reuter meldet aus London: Im Unterhause hat Premierminister Lloyd George in der Aussprache über die Antwort auf die Thronrede über die Friedenskonferenz berichtet. Er versicherte, daß man einer Einigung in den meisten Fragen näherkommen sei, als man hätte erwarten dürfen. Die ganze Willensmacht der Vertreter der Großmächte sei darauf eingerichtet worden, nicht nur überhaupt eine Einigung, sondern auch sobald als möglich den Frieden zustandezubringen. Bis zum Frieden zwischen den Völkern wird die Unruhe ja fortbestehen und die Industrie nicht zu ihren Aufgaben zurückkehren. Ein Ausschuss, in dem alle Großmächte vertreten seien, werde demnächst einen Bericht über die Verantwortlichkeit derjenigen, die den Krieg begonnen haben, und der für die Kriegsgreuel Verantwortlichen vorlegen. Auf die Frage, ob der Friedensvertrag dem Hause zur Genehmigung vorgelegt werden würde, antwortete Lloyd George, daß verfassungsmäßig einige hervorragende Teile des Vertrages bestimmt der Genehmigung des Hauses bedürfen würden. Die Verhandlungen über den Völkerbund machten außerordentlich gute Fortschritte.

China und Japan. Reuter meldet aus New York: Der Washingtoner Vertreter der Associated Press teilt mit: Einem hier eingetroffenen amtlichen diplomatischen Bericht zufolge hat Japan im Prinzip mit Krieg gedroht, wenn China die Geheimverträge beider Länder veröffentlichte und seine Vertragspflichten nicht erfüllte. Japan zu Deutschlands Nachfolger im Recht und im Eigentum der KonzeSSIONen zu machen, die Deutschland bei Ausbruch des europäischen Krieges besaß. China sucht bei Großbritannien und den Vereinigten Staaten Unterstützung angesichts der Haltung Japans, die erste Befürchtungen unter den Vertretern der verbündeten Mächte hervorruft. Wie verlautet, sind die schriftlichen der Geheimverträge aus dem Gepäck der russischen Friedensdelegierten gehoben worden, als sie durch Japan reisten. Daher sind diese nicht in der Lage, die Geheimverträge auf der Friedenskonferenz zu veröffentlichen.